Werbung Newsletter abonnieren Abo Kontakt & Standorte

Menu News ePaper FN×Frapp Profil

News Sport Sense See Grossfreiburg Kanton Nachbarschaft Scl

Friedrich Merz erzielte im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit – das hat es in Deutschland noch nie gegeben.
Quelle: AP

Anzeige

GASTBEITRAG

Die deutsche Bundesregierung - ein holpriger Start

Ein Meinungsbeitrag von Siegfried Weichlein.

Siegfried Weichlein

Publiziert: Gestern, 17:12 Uhr

Artikel hören

Der Start der neuen deutschen Bundesregierung war alles andere als reibungslos. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik verfehlte der Kanzlerkandidat der Regierungskoalition im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit – um 18 Stimmen. Zwar wurde Friedrich Merz noch am selben Tag im zweiten Wahlgang gewählt, doch auch dort blieb er drei Stimmen hinter der Mehrheit der Regierungsparteien zurück. Da die Wahl geheim war, wird nie geklärt werden, wer ihm beim ersten Versuch die Stimme verweigerte. Möglicherweise hatten manche Sozialdemokraten ihm die Asylbegrenzungsinitiative vom Januar nicht verziehen, die nur mit Unterstützung der AfD durchgesetzt werden konnte – für viele ein politischer Dammbruch. Auch innerhalb der Union dürfte es Verstimmungen gegeben haben. Die abrupte Kehrtwende von Merz in der Schuldenpolitik, die im Wahlkampf noch strikt abgelehnt worden war, hat offenbar Vertrauen gekostet. Zwei Dinge stechen hervor: erstens die Impulsivität und mangelnde strategische Weitsicht des neuen Kanzlers. Konservative Politik in der Bundesrepublik zeichnete sich stets durch das Vorausdenken möglicher Folgen aus. Zweitens haben die Turbulenzen zu Beginn die Erwartungen an die neue Regierung spürbar gesenkt. Die vorherige Ampelkoalition war mit moralisch aufgeladenen Zukunftsversprechen gestartet und daran gescheitert. Für Friedrich Merz liegen die Massstäbe nun deutlich niedriger.

Aussenpolitisch trat bereits in der ersten Woche ein zentraler Widerspruch zutage, der die Regierung noch lange beschäftigen dürfte. Einerseits bekannte sich Merz deutlich zu Europa und reagierte prompt auf die geopolitischen Veränderungen unter US-Präsident Donald Trump. Ein französischer Nuklearschirm für europäische Staaten wird nun ernsthaft diskutiert – ein Bruch mit der jahrzehntelangen Fixierung auf transatlantische Sicherheit. Andererseits verschärft die neue Bundesregierung die Migrationspolitik und will Zurückweisungen an den Grenzen

durchsetzen. Der Konflikt zwischen einem europäischen Bekenntnis und einem nationalen Alleingang in der Asylpolitik zeigte sich exemplarisch beim Besuch von Merz in Polen, das sich weigerte, Zurückgewiesene aufzunehmen. Hier wird deutlich: Lösungen sind nur auf europäischer Ebene möglich.

Europa nicht der Innenpolitik opfern

Dieser Widerspruch hat innenpolitische Ursachen – er rührt aus dem Versuch der CDU, die AfD durch eine restriktive Migrationspolitik zu schwächen. Zugleich stellt dies eine Abkehr von der Linie Angela Merkels und ihrer Flüchtlingspolitik von 2015 dar. Schon im Wahlkampf dominierte in der CDU die Überzeugung, Merkel habe den Kurs verlassen, den Merz nun wieder aufnimmt. Alte Rechnungen werden beglichen.

Diese Fixierung auf die AfD, so formulierte es treffend die Zeitung «Taz», führt zu einer Politik «mit der Schere im Kopf». Wenn politische Initiativen primär danach bewertet werden, ob sie der AfD nutzen oder schaden, wird letztlich deren Anspruch als einzige Alternative zur Regierung verstärkt. Wer die AfD schwächen will, sollte eigene, selbstbewusste Politik betreiben, demokratische Debatten führen und die Institutionen stärken.

Was zunächst wie ein politischer Eklat erschien – die gescheiterte Kanzlerwahl im ersten Anlauf –, entpuppte sich bei nüchterner Betrachtung als Ausdruck demokratischer Normalität. Das Grundgesetz und das Wahlrecht tragen solchen Szenarien Rechnung. Die Regierungsparteien, die Grünen und die Linke verständigten sich rasch auf einen zweiten Wahlgang, ohne ihre politische Haltung für oder gegen Merz aufzugeben. Die Institutionen gingen gestärkt aus dem Prozess hervor. Eine permanente mediale Aufgeregtheit hingegen befördert bipolare Denkmuster – und nützt am Ende nur der AfD. Auch Medien sollten ihre Massstäbe nicht danach ausrichten, ob Politik der AfD schadet oder nutzt.

Politik, die sich von den Parolen der AfD treiben lässt, droht kurzatmig zu werden – mit gefährlichen Folgen, vor allem für Europa. In einer Zeit, in der geopolitische Herausforderungen wie der Ukraine-Krieg und die Aussenpolitik der USA höchste Handlungsfähigkeit verlangen,

wäre ein solcher Kurs fatal. Den Preis für innenpolitische Kurzsichtigkeit zahlt letztlich die Europäische Union – und mit ihr die Bürgerinnen und Bürger ganz Europas.

Anzeige

Mehr zum Thema

Deutschland Europa AFD Friedrich Merz

Ist dieser Artikel lesenswert?

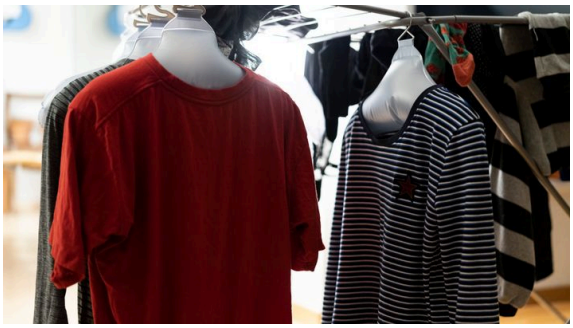
0% 0%

Kommentare

Schreiben Sie einen Kommentar...

Es existieren noch keine Kommentare zu diesem Beitrag.

Weitere Meldungen

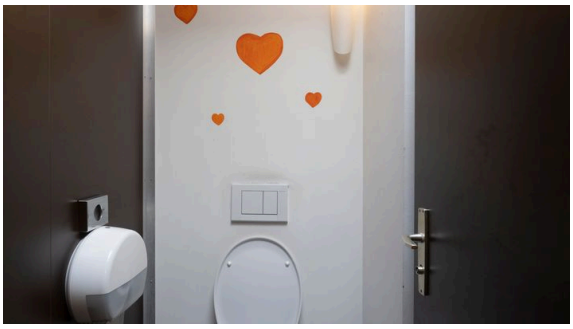


ITEM

Das richtige T-Shirt zu finden, ist eine Kunst

MOMENT MAL

Geschenkte Momente



RATGEBER ERZIEHUNG

Trockenwerden: Ein individueller Reifeprozess

☐ mit Foto

ESC 2025 BASEL

Basel hautnah: Ein Mikro, ein Teppich und ganz viel ESC

☐ mit Foto

MEINUNGEN

Zweisprachigkeit als Mehrwert – Zeit für ein Umdenken

MEINUNGEN

Vom Fischer un syner Fru

MEINUNGEN

Die andere Seite der Reklameflut

ZOLLPOLITIK

Die globale Wirtschaft im Spannungsfeld der US-Handelspolitik

☐ mit Foto

MEINUNGEN

Wider die unselige Polarisierung in der Asylpolitik

MEINUNGEN

Tour de Romandie: Eine unüberlegte Aktion

COMMUNITY

Gelungene Feier zu Ehren des Sensler Museums

AUSSENSICHT

Qualitatives oder quantitatives Wachstum?

☐ mit Foto

Freiburger Nachrichten AG

Unternehmen

Impressum

Datenschutz

AGBs

Werbung

Abonnement